

Wer nach oben will, hat's noch immer schwer

 stol.it/artikel/chronik/wer-nach-oben-will-hats-noch-immer-schwer

stol.it

 » [Chronik](#)



A⁺ A⁻





Auf großes Interesse stieß die Tagung über soziale Mobilität im Pastoralzentrum, wo Landesregierungsmitglieder über Zukunftsmaßnahmen diskutierten. Im Bild vorne von rechts Landeshauptmann Arno Kompatscher sowie seine beiden Stellvertreter Rosmarie Pamer und Marco Galateo. hof

Landeshauptmann Arno Kompatscher kündigt als Gegenmaßnahme an, den „Ansässigen-Vorbehalt“ konsequent durchzusetzen – und Konventionierung überall dort einzufordern, „wo Neubau gemacht wird“.

Im Pastoralzentrum luden Dachverband für Soziales und Gesundheit, Arbeitsförderungsinstitut (AFI) und Eurac die Landesregierung zur Diskussion: 14 konkrete Maßnahmen zur Förderung der „sozialen Mobilität“ wurden vorgestellt.

AFI-Direktor Stefan Perini wies darauf hin, dass Familien in Südtirol oft 40 bis 50 Prozent ihres Einkommens fürs Wohnen ausgeben müssten – vertretbar wäre aber höchstens ein Drittel. Es brauche neue Wohnmodelle: Wohngemeinschaften, wo Alt und Jung zusammenleben und wo auch unterschiedliche soziale Schichten in Wohngemeinschaften zusammentreffen. Mit der Nutzung gemeinsamer Räume könnten Wohnkosten gespart werden und so ergebe sich auch die Möglichkeit, Care-Arbeit aufzuteilen, meinte Perini.

Problem seien Zweitwohnungen

Landeshauptmann Kompatscher berichtete, dass die Bevölkerung in Südtirol in den vergangenen 10 Jahren um durchschnittlich 2500 Personen pro Jahr gewachsen sei. Und jedes Jahr seien 2000 zusätzliche Wohnungen geschaffen worden. Das Problem seien die

Zweitwohnungen, die Urlaubswohnungen und Wohnungskäufe, die dann nicht für einen dauerhaften Aufenthalt genützt würden.

„Jetzt müssen wir Gegenmaßnahmen treffen und den Ansässigen-Vorbehalt konsequent durchsetzen“, meinte Kompatscher. So stehe es auch im Regierungsprogramm. Deshalb werde noch stärker als bisher die Konventionierung eingefordert. Und die Einhaltung der Konventionierung müsse dann aber auch kontrolliert werden.

„Wir gehen davon aus, dass tausende konventionierte Wohnungen in Südtirol nicht vereinbarungskonform besetzt sind“, berichtete der Landeshauptmann. Weiters müsse beim Bauen in den Wohnbauzonen auf „Verdichtung“ gesetzt werden: „Draufbauen und dranbauen“, erklärte Kompatscher. Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot seien Preisbindungen bei vermieteten Wohnungen, Gemeindewohnbauten nach österreichischem Modell und Wohnbaustiftungen, welche vom Land finanziert würden.

20 Prozent der Obdachlosen in Südtirol haben Arbeitsverträge

Sozial-Landesrätin Rosmarie Pamer berichtete, dass 20 Prozent der Obdachlosen in Südtirol Arbeitsverträge hätten. „Das ist für Südtirol beschämend“, meinte die Landesrätin.

Ein großes Thema bei der „sozialen Mobilität“ ist auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zu den 14 Maßnahmen, die eingefordert werden, zählt deshalb die Einführung einer 30-Stunden-Vollzeitarbeitswoche bei vollem Lohnausgleich für Erziehende und Pflegende. Zudem sollte es eine angemessene finanzielle Unterstützung für Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegezeiten geben. Was den Bildungsbereich betrifft, so sieht der Maßnahmenkatalog eine inklusive und attraktive Ganztagschule vor sowie Klassenaustauschmöglichkeiten für Grundschulkindern, damit der interkulturelle Dialog gefördert wird.

Eingefordert werden im 14-Maßnahmen-Katalog weiters innovative, regionale Modelle einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung. Kompatscher kündigte an, dass man künftig verstärkt auf Gemeinschaftspraxen und ambulante Dienste setzen werde, „die von den Kliniken bedient werden“. So könnten beispielsweise Augenärzte oder Dermatologen einen Tag oder 2 Tage die Woche in diesen Diensten fachärztliche Untersuchungen durchführen, kündigte der Landeshauptmann an.

hof

Alle Meldungen zu:

[AufstiegchancenSüdtirolReichtum](#)